



Stellungnahme

zum Antrag Nr. AT/0133/2022

Vorlage: ST/0148/2022				Datum: 10.11.2022			
Dezernat 1							
Verfasser:		36-Umweltamt				Az.: Amt 36	
Betreff:							
Antrag der CDU-Ratsfraktion: Ladeinfrastruktur							
Gremienweg:							
16.12.2022	Stadtrat	☐	einstimmig	☐	mehrheitl.	☐	ohne BE
		☐	abgelehnt	☐	Kenntnis	☐	abgesetzt
		☐	verwiesen	☐	vertagt	☐	geändert
	TOP		öffentlich	☐	Enthaltungen	☐	Gegenstimmen

Stellungnahme:

Eine Förderung privater Ladepunkte über das KfW-Programm 440 (Ladeinfrastruktur (LIS) an Wohngebäuden) ist aktuell nicht aktiv. Hierüber wurden bis 2021 bereits mehr als 600.000 private Ladepunkte gefördert. Fördermöglichkeiten über die KfW bestehen zurzeit nur für Kommunen und Landkreise (Programm 439) sowie für Einzelunternehmer und Freiberufler (Programm 441). Weitere Förderzuschüsse seitens der Stadt Koblenz sind als freiwillige Leistungen bei der aktuellen Haushaltssituation nicht realisierbar.

Intensive Prüfungen der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der ADD ergaben, dass die Errichtung und der Betrieb öffentlicher LIS durch die Stadt Koblenz unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht durchführbar ist. Aus diesem Grund ist die Verwaltung dazu übergegangen externe Wirtschaftsunternehmen bei der Flächensuche zu unterstützen und nach entsprechenden Anträgen und Standortprüfungen straßenverkehrsrechtliche Ausnahmegenehmigungen zur Errichtung von LIS im öffentlichen Straßenraum zu erteilen. Es wurden bereits mehrere Anträge genehmigt.

Der am 19.10.2022 vom Bundeskabinett beschlossene Masterplan Ladeinfrastruktur II sieht die Kommunen als einen der Schlüsselakteure beim Ausbau der LIS für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge in Deutschland. Sie sind aufgefordert jeweils eigene kommunale Masterpläne bis Ende 2023 aufzustellen. Dabei will die Verwaltung auf die Basis des 2018 erstellten Konzeptes zum Ausbau der LIS für das Stadtgebiet zurückgreifen und dieses entsprechend nach einem, noch durch die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur (NLL) zu liefernden, konkreten Musterwerk überarbeiten. Dabei sollen die Verwaltungen nicht als Betreiber von LIS, sondern lenkend und unterstützend für privatwirtschaftliche Unternehmen agieren.

Erste ämterübergreifende Gespräche und anschließende Datenabfragen unter Hinzunahme weiterer lokaler Akteure haben bereits stattgefunden, um die geforderten, aktualisierten Ergebnisse fristgerecht liefern zu können.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung schlägt vor in einem der kommenden zuständigen Fachausschüsse über den weiteren Verlauf der Erstellung des kommunalen Masterplans Ladeinfrastruktur zu berichten.